

Erklärung zum Start der Koalitionsverhandlungen

## **Für Innovationen und Investitionssicherheit: Nächste Bundesregierung muss Klimaschutz zur zentralen Aufgabe machen**

**Koordiniert durch** Stiftung 2° - Germanwatch – B.A.U.M. e.V.

---

**Zeichnende Unternehmen**

**Unterstützende Verbände**

---

Die notwendige Transformation hin zu einer treibhausgasneutralen Wirtschaft gewinnt durch das völkerrechtlich verbindliche Pariser Klimaabkommen global an Fahrt. Weltweit erhöht der neue Klimavertrag unternehmerische Planungssicherheit und ermöglicht dadurch zusätzliche Investitionen.

Nach dem historischen Erfolg von Paris und seiner Bestätigung auf dem Hamburger G20-Gipfel kommt es jetzt auf die Umsetzung der Klimaziele auch in Deutschland und der EU an. Wir begrüßen, dass Deutschland mit dem Klimaschutzplan 2050 und seinen Sektorzielen für 2030 einen wichtigen ersten Schritt hin zu besseren Bedingungen für zukunftssichere Investitionen gemacht hat. Unternehmen können bei entsprechender Rahmensetzung einen zentralen Beitrag leisten, um die aus dem Pariser Abkommen abgeleiteten Klimaziele in Deutschland und der EU durch Innovationen und Investitionen zu erreichen. Wir sind bereit, unseren Anteil am Klimaschutz zu leisten.

Um bei der Transformation hin zur treibhausgasneutralen Wirtschaft international den Anschluss zu behalten, braucht Deutschland jedoch eine überzeugende Umsetzungsstrategie für seine vergleichsweise ehrgeizigen Emissionsziele. Eine ambitionierte Klimapolitik ist heutzutage wichtiger Baustein einer verlässlichen und zukunftsorientierten Wirtschaftspolitik, die notwendige Investitionen vorantreibt sowie Arbeitsplätze schafft und sichert. Eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz ist eine große Chance für die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Die kommende Regierungskoalition sollte darum die Geschwindigkeit der Transformation hin zur treibhausgasneutralen Wirtschaft erhöhen und hierzu die enge Zusammenarbeit mit europäischen und internationalen Partnern suchen.

**Wir, Unternehmen aus einem breiten Spektrum von Branchen der deutschen Wirtschaft, sehen für die Politik in der neuen Legislatur bei folgenden Punkten dringenden Handlungsbedarf:**

- 1. Die Umsetzung des Klimaschutzplans 2050 muss zum Modernisierungsprogramm für Deutschland werden.** Eine der zentralen Aufgaben der nächsten Monate ist es, Planungssicherheit zu schaffen und den Klimaschutzplan im Koalitionsvertrag möglichst verbindlich zu bestätigen. Die Implementierung der jeweiligen 2030-Sektorziele sollte sehr bald mit Umsetzungsplänen und konkreten Maßnahmenpaketen unterlegt werden.
- 2. Als wesentliche Innovationstreiber brauchen Energiewende und Wärmewende durch den neuen Koalitionsvertrag zusätzlichen Schub.** Dazu gehören ein Anheben der Ausschreibungsmengen bei den erneuerbaren Energien und zusätzliche Anstrengungen beim Stromsparen, um die weitgehende Elektrifizierung von Wärmesektor, Verkehr und Teilen der Industrie zu ermöglichen. Für die Energiewende als auch zur Effizienzsteigerung müssen Stromnetze und Speicher beschleunigt ausgebaut und die Digitalisierung vorangetrieben werden. Zur Steigerung der Energieeffizienz bedarf es einer entschiedenen Beschleunigung bei der Gebäudesanierung mit zusätzlichen Anreizen, wie z.B. einer steuerlichen Förderung. Unverzichtbar ist ein verlässlicher und sozialverträglicher Ausstiegspfad bei der Kohleverstromung. Dazu gehört eine schrittweise Verringerung der treibhausgasintensiven Kraftwerkskapazitäten unter Berücksichtigung der Versorgungssicherheit und der Klimaziele. Hierbei sollte ein wirksamer CO<sub>2</sub>-Preis eine möglichst zentrale Rolle spielen.
- 3. Für mehr Investitionssicherheit brauchen Deutschland und EU umgehend eine Weiterentwicklung des Emissionshandels mit flankierenden Maßnahmen für ein investitionsrelevantes CO<sub>2</sub>-Preissignal.** Um ausreichende Anreize für ein CO<sub>2</sub>-armes Wirtschaften und Handeln zu schaffen, sollte die Modernisierung von Steuern und Abgaben sowie die Beendigung fossiler Subventionen bis 2025 geprüft werden. Ein solches Vorgehen würde eine starke Rolle Deutschlands und der EU erlauben, um auch auf G20-Ebene entsprechende Konzepte voranzubringen. Die im internationalen Wettbewerb stehende energieintensive Industrie benötigt kluge staatliche Rahmensetzungen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und ihre Transformation zu ermöglichen.
- 4. Deutschland und EU brauchen jetzt den konsequenten Einstieg in die Verkehrswende.** Grundlage dafür ist eine verkehrsmittelübergreifende und klimafreundliche Mobilitätsstrategie für Deutschland. Dazu gehören sowohl eine deutliche Stärkung des Schienenverkehrs und des kommunalen Nahverkehrs – u.a. durch eine Beschleunigung von Infrastrukturausbau und -modernisierung – als auch zusätzliche Maßnahmen für eine verstärkte Nutzung emissionsarmer Antriebe und Treibstoffe, z. B. beim Ausbau der Elektromobilität.
- 5. Von der neuen Regierung erwarten wir entschiedene und effiziente Maßnahmen zur Erreichung des nationalen 2020-Emissionsziels.** Die langfristigen Klimaziele Deutschlands und der EU sollten vor dem UN-Klimagipfel 2020 in Einklang mit den Pariser Klimazielen gebracht werden und dementsprechend mit bis zu 95 Prozent Emissionsenkung für 2050 am oberen Rand des derzeitigen Zielkorridors ausgerichtet werden.